

Lateinamerikas Nahostpolitik zwischen Israel und Iran

Oz Aruch und Wolfgang Hein

Lateinamerika ist zunehmend um unabhängige Positionen gegenüber den Ländern des Nahen Ostens bemüht. Zuletzt besuchte Brasiliens Präsident Lula da Silva im März 2010 Israel, Palästina und Jordanien; am 15. Mai 2010 wird er zu einem international vielfach kritisierten Besuch in Iran eintreffen. Umgekehrt war das Jahr 2009 durch intensive Bemühungen Irans und Israels um die politische Gunst einer Reihe von lateinamerikanischen Ländern gekennzeichnet.

Analyse

Lateinamerikas Suche nach neuen Bündnispartnern ist Ausdruck außenpolitischer Neuausrichtungen, zeugt aber auch von der zunehmenden Eigenständigkeit und politischen Heterogenität der Region. Dies spiegelt sich in der Nahostpolitik wider:

- Venezuela, Kuba, Bolivien, Nicaragua und Ecuador arbeiten eng mit Iran zusammen und kritisieren Israel radikal.
- Chile, Kolumbien und Mexiko folgen weitgehend der Außenpolitik der USA im Nahen Osten: Die Politik Israels wird grundsätzlich unterstützt, wie umgekehrt Distanz zu den von verschiedenen US-Regierungen als Pariastaaten bezeichneten Ländern in der Region gehalten wird.
- Brasilien und Argentinien sind primär an der Stärkung ihrer nationalen Interessen orientiert und legen als Pragmatiker Wert auf gute Beziehungen zu beiden Seiten.
- Vor allem bei den Beziehungen zu Iran spielen auch ökonomische Interessen der betreffenden lateinamerikanischen Länder eine wichtige Rolle.

Schlagwörter: Lateinamerika, Nahostpolitik, Internationale Beziehungen, Israel, Palästina, Iran

1. Linksideologisch und anti-amerikanisch:

Die Nahostpolitik der ALBA-Staaten

Die Mitgliedsländer der „Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América“ (ALBA), der neben kleineren Karibikstaaten Venezuela, Ecuador, Kuba, Bolivien und Nicaragua angehören, haben sich in den letzten Jahren Iran angenähert. Damit positionieren sich die ALBA-Länder mit ihrem anti-kapitalistischen und gegen die USA gerichteten Selbstverständnis neu zu regionalen Konflikten in anderen Teilen der Welt. Beispiele dafür sind Stellungnahmen zur Nahostpolitik. Immer häufiger wird eine deutlich anti-israelische Haltung eingenommen. In deren Rahmen wird Solidarität mit den Palästinensern demonstriert und es werden gute Beziehungen mit Ländern unterhalten, die Israel als Erzfeind betrachten. Eine angeblich gemeinsame Geschichte, geprägt von Kolonialismus, Unterdrückung und US-amerikanischen Interventionen, wird als Grundlage für die Solidarität mit der arabischen Welt und Iran gesehen. Diese Position hat bis dato zum Abschluss mehrerer wirtschaftlicher, politischer und militärischer Abkommen zwischen Iran und verschiedenen ALBA-Ländern geführt.

Venezuela: Präsident Hugo Chávez besuchte im Rahmen seiner letzten größeren Auslandsreise vom September 2009 nicht zum ersten Mal international isolierte Länder, wie Iran, Syrien und Weißrussland, um die Kooperation mit diesen weiter auszugestalten. Dabei nahm Chávez eindringlich gegen die USA und Israel Stellung und betonte die lateinamerikanische Solidarität mit der arabischen Welt und Iran. Für Chávez als selbsternanntem Anführer einer neuen „multilateralen Revolution“ ist der weltweite Auf- und Ausbau von Bündnissen zwischen „revolutionären“ Staaten von immer größerer Wichtigkeit.

Seitdem der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad 2005 an die Macht gekommen ist, sind die Beziehungen zwischen Venezuela und Iran stetig ausgebaut worden. Eine gemeinsame anti-amerikanische Agenda auf wirtschaftlichem, politischem und militärischem Gebiet wurde vorangetrieben. Erster konkreter Ausdruck der Annäherung war eine Abstimmung in der International Atomic Energy Agency (IAEA) 2006, als Venezuela gemeinsam mit Syrien und Kuba gegen Sanktionen wegen der Fortsetzung des iranischen Atomprogramms stimmte.¹

¹ Vgl. Abstimmung zu den Sanktionen gegen Iran: BBC News, 04.02.2006, online: <http://news.bbc.co.uk/2/hi/middle_east/4680294.stm>.

Inzwischen hat der venezolanische Präsident bereits acht Mal Iran besucht. Chávez und Ahmadinedschad bezeichnen ihre Kooperation als „Achse gegen die USA und den globalen Unilateralismus“. Chávez unterstützte seinen iranischen Alliierten, als diesem die Fälschung der Präsidentschaftswahl im Juni 2009 vorgeworfen wurde, und verteidigte zuletzt auch die Weiterentwicklung des iranischen Atomprogramms. Es gebe keinen einzigen Beweis, so Chávez, dass Iran die Entwicklung von Atomwaffen verfolge. Außerdem verpflichtete sich Venezuela, Iran im Falle von Sanktionen ökonomisch zu unterstützen.

In den letzten Jahren wurde v.a. die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Venezuela und Iran erheblich ausgebaut.² Nach Aussagen der venezolanischen Botschaft in Washington waren im August 2009 84 Kooperationsabkommen in Kraft, u.a. in der Landwirtschaft, im Bereich Energie und Erdöl sowie im Finanz- und Bankwesen.³ Ein syrisch-malaysisch-iranisch-venezolanisches Konsortium wird 2,6 Mrd. USD in den Aufbau einer Raffinerie in Syrien investieren. Im April 2009 erfolgte die Gründung einer iranisch-venezolanischen Investitionsbank (Banco Internacional de Desarrollo) mit einem Kapital von 200 Mio. USD für die Finanzierung gemeinsamer Projekte, im September 2009 besiegelte ein Abkommen venezolanische Lieferungen von täglich 20.000 Barrel Benzin an Iran.⁴ Zudem wurde ein Programm zur nuklearen Kooperation (Uran-Prospektion in Venezuela, eventuell auch Lieferung von Technologie zur Urananreicherung) beschlossen. Mit Russland und Iran soll im Rahmen eines „nuklearen Dorfes“ ein Atomenergieprogramm für friedliche Zwecke aufgebaut werden.⁵ Israel, das das iranische

² Die Intensität der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Iran und Lateinamerika ist bisher vor allem an Kooperationsprojekten zu messen. Der Handelsaustausch war bis 2007 unbedeutend; 2008 hatte er sich im Vergleich zum Vorjahr verdreifacht und belief sich auf 2,9 Mrd. USD (nach Angaben des Latin Business Chronicle, 02.12.2009). Das Handelsvolumen zwischen Venezuela und Iran erreichte 2008 52 Mio. USD und hatte sich damit um rd. 30 Prozent gegenüber dem Vorjahr gesteigert. Dennoch war Venezuela damit nur der fünftgrößte Wirtschaftspartner Irans in Lateinamerika

³ Vgl. Angel Rabasa und Ghassan Schbley (2010), *Iran's New Relationship with Latin America*, Paper vorgestellt auf der 21st IASA Annual Convention, New Orleans, 19. Februar, online: <http://www.allacademic.com/meta/p_mla_apa_research_citation/4/1/4/2/7/p414279_index.html>.

⁴ Iran fehlt es an Raffineriekapazitäten; vgl. Iran wird Benzin von Venezuela importieren, *BBC News*, 07.09.2009, online: <<http://news.bbc.co.uk/2/hi/8240979.stm>>.

⁵ Vgl. Iran hilft Venezuela bei der Suche nach Uran, *Reuters*, 17.10.2009, online: <<http://www.reuters.com/article/worldNews/idUSTRE59G1WQ20091017>>; Iran und Venezuela arbeiten an dem Aufbau eines nuklearen Dorfes, *Forbes*, 09.10.2009, online: <<http://www.forbes.com/2009/09/09/mahmoud-ahmadinejad-hugo-chavez-opinions-columnists-claudia-rosett.html>>.

Atomprogramm als eine unmittelbare Bedrohung versteht, warf Venezuela und Bolivien vor, sie würden Iran mit Uran für sein Atomprogramm versorgen. Beide Länder stritten die Vorwürfe Israels allerdings ab. Chávez und Ahmadinedschad erklärten, die beiden Länder unterstützten einander in ihrer Konfrontation mit demselben Feind, dem „US-amerikanischen Imperium“ und seinen „Dienern“ (Israel).

Bei seinem Besuch in Syrien wiederholte Chávez seine verbalen Angriffe auf Israel: „Die ganze Welt weiß, warum der Staat Israel gegründet wurde – um zu trennen. Um die Einheit der arabischen Welt zu verhindern und um die Präsenz des nordamerikanischen Imperiums in der Region zu sichern“. In Anspielung auf die israelischen Waffenlieferungen insbesondere nach Kolumbien, die dort im Kampf gegen die Guerillagruppen FARC und ELN eingesetzt werden, verstieg sich Chávez zu der Aussage, Israel sei ein Anti-Friedens-Bote der USA, der Kriege auf dem lateinamerikanischen Kontinent befördere. Syriens Präsident Baschar al Assad seinerseits sprach vom gemeinsamen Wunsch der arabischen und lateinamerikanischen Staaten, sich von kolonialen Mächten zu befreien.

Bolivien: Auch Präsident Evo Morales sucht die Nähe zu Iran und betont die Eigenständigkeit seines Landes gegenüber westlichen Akteuren. La Paz und Teheran vereinbarten während des Besuches von Ahmadinedschad 2007 in La Paz die Aufnahme diplomatischer Beziehungen; gleichzeitig wurden mehrere Handels- und Energieabkommen abgeschlossen. Iranische Investitionen in Höhe von 1,1 Mrd. USD sollen in den Jahren 2007-2012 in den Ausbau der bolivianischen Erdgasförderung, weiterer Bergbauprojekte und von Kraftwerken sowie in landwirtschaftliche Projekte und in Bauvorhaben fließen. Als „Gegengabe“ hob Bolivien sämtliche Einschränkungen bei der Vergabe bolivianischer Visen an iranische Staatsbürger auf und verlagerte seine einzige Botschaft im Nahen Osten von Kairo nach Teheran. Schließlich erschien eine gemeinsame Erklärung, in der das Recht von Entwicklungsländern betont wurde, Atomenergie für friedliche Zwecke einzusetzen. Morales äußerte sich mehrfach scharf gegen Israel und brach im Januar 2009 als Reaktion auf die militärische Operation („gegossenes Blei“) im Gaza-Streifen die diplomatischen Beziehungen mit Israel komplett ab.

Ecuador: Quito treibt ebenfalls seine bilateralen Beziehungen mit Iran voran, bleibt insgesamt aber auf einer gemäßigeren Linie. Der iranische Außenminister Mottaki besuchte Ecuador im August 2009 und vereinbarte Abkommen zur wirtschaftlichen und militärischen Kooperation. Mit Blick auf den 2009 ausgelau-

fenen und nicht weiter verlängerten Vertrag zur US-amerikanischen Nutzung der Militärbasis in Manta erklärte der ecuadorianische Verteidigungsminister, sein Land verfolge eigene geostrategische Positionen. Durch die Verbesserung der Beziehungen zu Iran solle vor allem der Zugang zur Informations- und Rüstungstechnologie gefördert werden. Während der Operation im Gaza-Streifen warf die ecuadorianische Regierung Israel vor, Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen zu haben, und erklärte ihre Solidarität mit dem palästinensischen Volk.

Nicaragua und Paraguay: Auch im Falle Nicaraguas ist seit dem Wahlsieg Daniel Ortegas (2006) eine deutliche Annäherung an Iran zu erkennen. Der iranische Präsident besuchte Nicaragua 2007 und schloss Abkommen u.a. im Energiesektor und zur Finanzierung eines Tiefwasserhafens an der Atlantikküste durch iranische Investitionen in Höhe von 350 Mio. USD ab. Zudem hat die iranische diplomatische Präsenz in Nicaragua erheblich zugenommen; in Presseberichten war vom Bau eines überaus groß dimensionierten Botschaftsgebäudes die Rede.

Paraguays Beitritt zur ALBA steht offenbar kurz bevor. Der paraguayische Präsident Fernando Lugo hat im August 2008 einen Unterstützer der von Iran finanzierten Hisbollah-Miliz zum Außenminister seines Landes ernannt.⁶

2. Die Nahostpolitik der US-orientierten Regierungen: Kolumbien und Mexiko

Dem linksorientierten Regionalbündnis der ALBA stehen in Lateinamerika Länder gegenüber, die ihre sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Interessen in erster Linie weiterhin durch eine enge Kooperation mit den USA zu befördern suchen. Dies gilt vor allem für Kolumbien, in geringerem Maße auch für Mexiko. Insbesondere Kolumbien steht mit seiner Außenpolitik in diametralem Gegensatz zu den ALBA-Staaten und unterhält eine gleichermaßen enge Zusammenarbeit mit Israel wie den USA.⁷ Chávez

⁶ Vgl. Ernennung von Alejandro Hamed Franco zum Außenminister von Paraguay, *Los Angeles Times*, 08.11.2008, online: <<http://www.latimes.com/news/opinion/la-oe-kiriakou8-2008nov08,0,878526.story>>; <<http://rulers.org/indexh1.html>>.

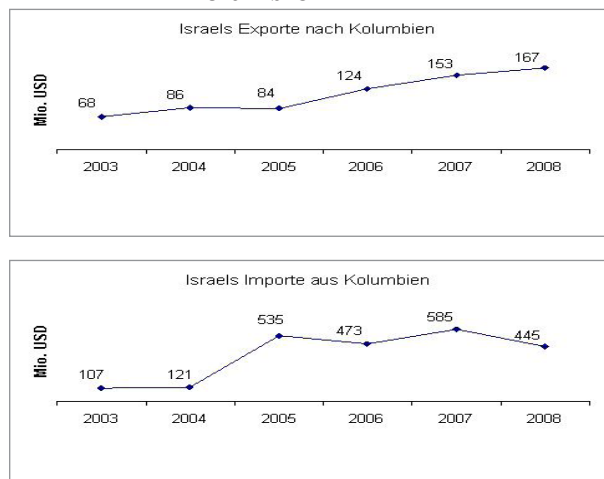
⁷ Die USA haben Kolumbien in den letzten neun Jahren mit mehr als 6 Mrd. USD unterstützt, hauptsächlich in Form militärischer Ausrüstung. Erst kürzlich haben beide Länder ihre militärische Kooperation – u.a. als Reaktion auf die Ablehnung der Verlängerung des Stationierungsvertrags durch Ecuador – mit sieben US-amerikanischen Militärbasen auf kolumbianischem Territorium auf eine neue Stufe gehoben. Während die kolumbianische Regierung beharrlich darauf besteht, dass die künftig drastisch verstärkte US-Präsenz lediglich der Unterstützung des Kampfes gegen den Drogenhandel und die linke Guerilla (FARC) diene, interpretiert die venezolanische Regierung diese Entwicklung ganz anders.

bezog sich bereits im März 2008 auf Kolumbien als „das Israel Lateinamerikas“, als das kolumbianische Militär einen Stützpunkt der FARC-Guerilla auf ecuadorianischem Territorium angriff. Chávez verglich dies mit den Aktionen der israelischen Regierung in Gaza und ordnete u.a. die Abberufung des venezolanischen Botschafters aus Bogotá an. Außerdem erklärte er, die USA suchten mit militärischen Mitteln ihre politische Agenda in Lateinamerika durchzusetzen, die u.a. vorsehe, ihn von der Macht in Venezuela zu entfernen. Chávez wörtlich: „Israel ist die Faust des US-amerikanischen Imperiums im Nahen Osten, und wir werden ihnen nicht erlauben, ein zweites Israel in Lateinamerika aufzubauen“.⁸

Kolumbien: Israel ist für Kolumbien ein wichtiger Partner bei der Ausstattung seiner Armee; ein Großteil der Ausrüstung für den Kampf gegen die FARC-Guerilleros stammt aus Israel. In den vergangenen Jahren versorgte Israel Kolumbien mit unbemannten Luftfahrzeugen, Waffen, Satellitentechnologie, 24 modernen Kampfflugzeugen sowie mit militärischer Ausbildung, die sich an einer Anti-Terror-Kampfdoktrin orientiert. Zur weiteren Stärkung der militärischen Beziehungen besuchte der kolumbianische Verteidigungsminister Juan Manuel Santos 2008 Israel und bekannte sich dort zur Notwendigkeit, dass sich beide Länder in ihrem Kampf gegen den Terrorismus gegenseitig unterstützten. Santos kündigte weiter an, beide Länder wollten ihre Kooperation auch in anderen Bereichen verstärken, beispielsweise durch eine gemeinsame Stiftung für technologische Forschung und Entwicklung. Der bilaterale Handelsaustausch floriert ohnehin: Insbesondere die israelischen Exporte nach Kolumbien sind in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Nach Angaben des israelischen Wirtschaftsministeriums (2007/08) handelte es sich dabei vor allem um „Maschinen und elektrische Ausrüstung“ (114 Mio. USD), um chemische Produkte (13 Mio. USD) sowie um Fahrzeuge und Flugzeugausrüstung (11 Mio. USD), wobei sich dahinter im beträchtlichen Ausmaße militärische Güter verbergen dürften. Bei den kolumbianischen Exporten nach Israel handelt es sich zum weitaus größten Teil um Erdöl.

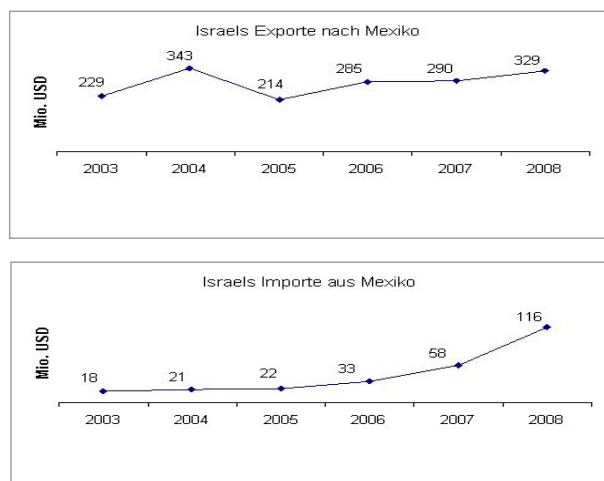
⁸ Vgl. Chávez vergleicht Kolumbien mit Israel, *Venezuela-Analysis*, 03.03.2008, online: <<http://www.venezuelanalysis.com/news/3222>>.

Abbildung 1: Israels Handelsbeziehungen mit Kolumbien



Quelle: The Israel Export & International Cooperation Institute (2008), *Fact Sheet Colombia*.

Abbildung 2: Israels Handelsbeziehungen mit Mexiko



Quelle: The Israel Export & International Cooperation Institute *Fact Sheet Mexico*.

Mexiko: Mexiko unterhält im Rahmen des North American Free Trade Agreement (NAFTA) enge Wirtschaftsbeziehungen mit den USA. Auch das Verhältnis zu Israel ist gut. Vor zehn Jahren haben beide Länder ihre Handelsbeziehungen durch ein Freihandelsabkommen verstärkt; seitdem nehmen insbesondere die israelischen Importe aus Mexiko (vor allem Fahrzeuge, Maschinen und elektrische Ausrüstungsgüter) kontinuierlich zu. Im Oktober 2009 besuchte die mexikanische Vizeaußenministerin Lourdes Aranda Bezaury Israel. Der israelische Außenminister Avigdor Lieberman nutzte die Möglichkeit, um sich für die Enthaltung Mexikos bei der Abstimmung über die Verurteilung der israelischen Operation im Gaza-Streifen in der UN-

Menschenrechtskommission zu bedanken. Mexiko unterstützt im Israel-Palästina-Konflikt eine Zwei-Staaten-Lösung.

Mexiko unterhält zwar auch Beziehungen mit Iran, allerdings auf recht niedrigem Niveau. Im Februar 2009 besuchte der iranische Vizeaußenminister Mexiko. Es war der erste iranische Versuch seit der islamischen Revolution 1979, die bilateralen Beziehungen mit Mexiko zu verstärken – allerdings mit bisher relativ geringem Erfolg.

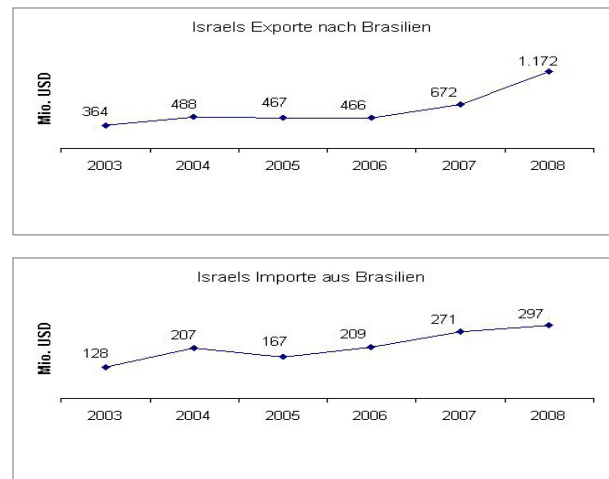
3. Pragmatisch: Die Nahostpolitik Argentiniens und Brasiliens

Brasilien – und in gewissem Maße auch Argentinien – betreiben eine umsichtige Außenpolitik, die das gesamte Potenzial internationaler Beziehungen nutzt, um auf der Bühne internationaler Organisationen durch breite Allianzen eine entscheidendere Rolle spielen zu können. Im Falle Brasiliens ist der regionale Machtanspruch zu berücksichtigen; dieser lässt die Regierung ihre Außenpolitik sehr strategisch und vorsichtig betreiben. Im Falle Argentiniens ist die große jüdische Gemeinde in Buenos Aires in Rechnung zu stellen, auf die 1992 und 1994 zwei Terroranschläge verübt wurden, bei denen 116 Menschen ums Leben kamen. Die Hisbollah und der die Miliz unterstützende Iran wurden für diesen Anschlag verantwortlich gemacht. Einer der Hintermänner des Anschlags, Ahmad Vahidi, wurde nach der jüngsten Präsidentschaftswahl zum iranischen Verteidigungsminister ernannt. Dies dürfte die Beziehungen zu Argentinien weiter belasten und einen Stolperstein auf dem Weg zu einer engeren Zusammenarbeit beider Länder darstellen.

Anders Brasilien: Unter der Regierung von Fernando Henrique Cardoso (1995-2002) hatte Brasília einerseits die Beziehungen zu den USA vertieft; denn die Regionalmacht hätte bei einer Verschlechterung dieses Verhältnisses viel zu verlieren (vgl. Stehnen 2007). Andererseits setzen die brasilianischen Führungsansprüche im lateinamerikanischen Raum eine eigenständige Position gegenüber den USA voraus, die auch von „linken Ideologen“ akzeptiert werden kann. Brasilien sucht daher ebenfalls stabile Beziehungen mit Staaten wie Iran, trotz einer sehr fruchtbaren Beziehung zu Israel. Beide Länder verbindet eine enge Zusammenarbeit im Agrar-, Industrie- und Militärssektor. Darüber hinaus wurde im Rahmen des Mercosur 2008 ein Freihandelsabkommen mit Israel abgeschlossen. Brasilien ist zudem der größte Handelspartner Israels in Lateinamerika. Der bilaterale Handel hat sich in den letzten fünf Jahren

verdreifacht, von 492 Mio. USD (2003) auf knapp 1,5 Mrd. USD (2008),⁹ Auf israelischer Seite stiegen vor allem der Export chemischer Produkte und der Import von Nahrungsmitteln stark an.

Abbildung 3: Israels Handelsbeziehungen mit Brasilien



Quelle: The Israel Export & International Cooperation Institute (2008), *Fact Sheet Brazil*.

Ungeachtet der wirtschaftlich prosperierenden Beziehungen zwischen beiden Ländern zeigte Brasilien Israel in jüngster Vergangenheit auch Grenzen der politischen Rücksichtnahme auf. So lehnte Brasília israelische Forderungen ab, den 2009 erfolgten Staatsbesuch des iranischen Präsidenten in Brasilien abzusagen. Nach einem Treffen mit Ahmadinedschad im Rahmen der UN-Vollversammlung in New York im September 2009, bei der sich der iranische Präsident in seiner Rede eindringlich gegen Israel äußerte, bezeichnete Präsident Luiz Inácio Lula da Silva Iran als großartigen Partner Brasiliens. Lula da Silva kündigte eine breite Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern an und erklärte seine Absicht, Teheran im nächsten Jahr zu besuchen. Als er gefragt wurde, was er von der umstrittenen Präsidentschaftswahl in Iran halte, behauptete er, dies sei kein Hindernis für die Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Ländern und verglich iranische Proteste gegen den vermeintlichen Wahlbetrug mit Schlägereien auf den Straßen Rio de Janeiros nach einem Fußballspiel: „Wer gewinnt, feiert, und wer verliert, weint“.

Im November 2009, allen internen und internationalen Protesten zum Trotz, stattete der iranische Präsident in Begleitung von 200 iranischen Geschäftsleuten Brasilien einen Besuch ab. Dieser

⁹ S. The Israel Export & International Cooperation Institute, The Economic Department, online: <<http://www.export.gov.il/NewsHTML/FactSheets/brazil.pdf>>.

markierte das Ende der von Brasília lange Zeit gehegten Distanz zu Iran und läutete eine neue Ära in der Beziehung beider Länder ein. Im Mittelpunkt standen Themen der wirtschaftlichen Kooperation wie auch der Nahostkonflikt. So betonte Lula da Silva die Bedeutung Irans im Nahostkonflikt und erklärte, dass dessen Isolierung durch internationale Sanktionen nicht fruchtbar sei. Zudem erklärte Lula da Silva, dass Brasilien die Gründung eines palästinensischen Staates unterstütze, der neben einem „sicheren und souveränen Israel“ existieren werde. Bezüglich des iranischen Atomprogramms betonte Lula da Silva, dass er das iranische Recht zur Nutzung der Atomenergie für friedliche Zwecke unterstütze. Brasilien selbst plant einen erheblichen Ausbau seines Programms zur Nutzung von Kernenergie und verfügt seit 2006 über das Know-how und die Kapazitäten zur Urananreicherung. Für Lula da Silvas Besuch in Iran im Frühjahr 2010 sind intensivere Gespräche zur nuklearen Kooperation geplant.

Ahmadinedschad und Lula da Silva schlossen mehrere Abkommen (Biotechnologie, Landwirtschaft, Energie) ab, die dazu beitragen sollen, den bilateralen Handel perspektivisch auf 25 Mrd. USD anwachsen zu lassen. Dies sind sehr optimistische Erwartungen: 2002 hatte das bilaterale Handelsvolumen bei nur 500 Mio. USD gelegen, 2008 bei 1,3 Mrd. USD.

4. Die Lateinamerikapolitik des Nahen Ostens

Im Falle Irans sind es zweifellos die befürchteten Sanktionen der westlichen Staaten gegen das eigene Atomprogramm, die Druck auf das Regime in Teheran ausüben, seine außen- und wirtschaftspolitische Basis gerade auch in Lateinamerika zu erweitern. Vor dem Hintergrund der stärker polarisierten Nahostpolitik der lateinamerikanischen Staaten zeigen sich aber auch Israel und Palästina bemüht, Unterstützung für ihre Interessen in der Region zu gewinnen.

Iran: Ahmadinedschad hat das Potenzial der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Lateinamerika früh erkannt und investiert seit einigen Jahren erhebliche finanzielle und diplomatische Ressourcen, um seinen Einfluss in der Region zu stärken. Dabei ist zu berücksichtigen, dass vor allem die ökonomische Kooperation durchaus auch unter dem Gesichtspunkt der Strategie einer aufstrebenden Macht sinnvoll ist und die iranische Politik nicht auf die Reaktion auf Sanktionsandrohungen reduziert werden darf:

1. Ökonomisch geht es vor allem um den Zugang zu neuen Märkten für iranische Produkte sowie um technologische Kooperation, die eine größere Unabhängigkeit von den westlichen Industrieländern schafft. Zu berücksichtigen sind gemeinsame Interessen mit anderen Erdöl exportierenden Staaten sowohl im Hinblick auf die Ölpreispolitik (Venezuela und Ecuador als OPEC-Mitglieder) als auch in Bezug auf andere Formen komplementärer Kooperation (venezolanische Lieferung von Benzin und im Bereich Technologie, speziell Nukleartechnologie).
2. Diplomatisch ist Iran daran interessiert, durch die Knüpfung neuer Allianzen einer weitergehenden Isolation vorzubeugen und seinen Bewegungsspielraum zu vergrößern – sowohl durch engere Allianzen wie mit den ALBA-Staaten als auch durch eine partielle Unterstützung in einzelnen Politikbereichen seitens anderer aufstrebender Staaten (Brasilien, Argentinien). Dies stärkt Iran bei Verhandlungen und Abstimmungen in UN-Gremien zum Atomprogramm und ermöglicht ihm unter anderem, seinen ideologischen Kampf gegen den Unilateralismus westlicher Mächte weiter zu verfolgen.
3. Ganz vorne steht sicherlich die anti-israelische Agenda Irans, die ein strategisches Interesse impliziert, lateinamerikanischen Sympathien gegenüber Israel (und der Nahostpolitik der USA) entgegenzusteuern. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Israel durch Venezuela und Bolivien ist in dieser Hinsicht ein großer Erfolg. Zudem geht es dem Regime in Teheran auch um politische Unterstützung in der Region für den Fall, der Konflikt mit Israel drohte militärisch zu eskalieren und eventuell mit einer US-amerikanischen Intervention einherzugehen.

Israel: Außenminister Avigdor Lieberman und Präsident Schimon Peres besuchten 2009 eine Reihe lateinamerikanischer Länder (Brasilien, Argentinien, Chile, Peru und Kolumbien). Ziel war es, die bilateralen Beziehungen zu stärken (Abschluss wirtschaftlicher und militärischer Abkommen) und vor allem den schnell wachsenden iranischen Einfluss in der Region zu bremsen. Die lateinamerikanischen Partner wurden eindringlich auf die Gefahr des iranischen Atomprogramms hingewiesen und sollten überzeugt werden, Druck auf Teheran zur Suspendierung dieses Programms auszuüben. Peres betonte, dass Iran Terrorgruppen wie Hamas und Hisbollah bewaffne, und nahm insbesondere Brasília

in die Pflicht: Es sei entscheidend, dass Brasilien klar Farbe bekenne gegenüber einem Land, das zur Zerstörung des jüdischen Staates aufrufe. Ähnlich äußerte sich Peres auch während seines Besuches in Argentinien und bezog sich dabei auf die Ernennung des neuen iranischen Verteidigungsministers: „Jeder in Argentinien sowie in Israel weiß, dass Menschen, die für Mord und Terror verantwortlich sind und die an der Entwicklung von Atomwaffen arbeiten, eine klare Gefahr für Frieden überall sind“. Sowohl Lula da Silva als auch die argentinische Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner ließen sich jedoch von den israelischen Argumenten nicht wirklich überzeugen. Beide hielten an ihrer grundsätzlichen Unterstützung eines iranischen Atomprogramms für friedliche Zwecke fest.

Palästina: Präsident Mahmoud Abbas besuchte im November 2009 Lateinamerika, um Unterstützung für die Wiederaufnahme von Friedensgesprächen mit Israel und die palästinensischen Interessen zu gewinnen und vor allem einen Konsens für die Gründung eines palästinensischen Staates mit Jerusalem als Hauptstadt zu erzielen. Die Reise führte ihn nach Chile, Brasilien, Argentinien, Paraguay und Venezuela. In Chile befindet sich die größte palästinensische Gemeinde außerhalb der arabischen Welt (etwa 300.000 Menschen), in Brasilien versuchte er Lula da Silva davon zu überzeugen, eine aktivere Rolle als Vermittler im Nahostkonflikt zu übernehmen. Im Gegensatz zum iranischen Präsidenten verfolgte Abbas in Lateinamerika eine gemäßigte Linie, die auf breite Anerkennung der PLO-Position setzt und sich deutlich von den radikalen Positionen der von Iran unterstützten Hamas distanziert.

5. Wohin steuert die Nahostpolitik Lateinamerikas?

Die aktuelle Nahostpolitik in Lateinamerika ist untrennbar mit der stark ideologisch motivierten Neuausrichtung der Außenpolitiken in einigen Ländern der Region verknüpft. Die ALBA-Mitglieder berufen sich auf Ziele wie soziale Gerechtigkeit durch einen „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“, auf Solidarität und einen neuen Multilateralismus im Kampf gegen hegemoniale Mächte. Als Folge US-amerikanischer Dominanz und Interventionen identifizieren sich die Länder dieser Gruppe einseitig mit den von der „US-amerikanischen Faust“ im Nahen Osten (Israel) „unterdrückten Palästinensern“. Inzwischen verfolgen diese Länder jedoch auch eigene geostrategische Interessen. Um besser dem westlichen Druck widerstehen zu können und sich

„von hegemonialen Mächten zu befreien“, soll ein lateinamerikanischer Block mittels internationaler Bündnisse mit gleichgesinnten Staaten gestärkt werden.

Trotz des Schwenks der ALBA-Länder in den letzten Jahren, kann von einer grundsätzlichen Wende Lateinamerikas mit Blick auf die Nahostpolitik keine Rede sein. Insbesondere Brasilien und Argentinien halten bis heute an ihrem pragmatischen Kurs fest – mit gleichermaßen guten Beziehungen zu Israel und Iran. Eine weitergehende Abgrenzung Brasiliens gegenüber dem Westen, wie sie bei den ALBA-Ländern zu beobachten ist, ist im Licht des damit verbundenen Einflussverlustes für Brasilien nicht zu erwarten. Zudem mehren sich die kritischen Stimmen aus den USA. Außenministerin Hillary Clinton erklärte in einem Briefing des *State Department* vom Dezember 2009, dass eine zu starke Annäherung lateinamerikanischer Staaten an Iran („ein bedeutender Unterstützer und Exporteur von Terrorismus in der Welt“) eine „wirklich schlechte Idee“ sei, die Konsequenzen haben könnte. Clinton verwies dabei vor allem auf die Politik Venezuelas und Boliviens. Allerdings betonte ein Vertreter des Außenministeriums ein paar Tage später, dass man „das brasilianische Interesse, Iran zur Erfüllung seiner Verpflichtungen zu bewegen“, durchaus begrüße. Auch auf der ersten offiziellen Lateinamerikareise von Hillary Clinton Anfang März 2010 spielte die Frage von Sanktionen gegen Iran eine wichtige Rolle. Während Argentinien die US-Position weitgehend unterstützte, bestärkte Lula da Silva den Widerstand Brasiliens gegen Sanktionen. Nur Tage später demonstrierte der brasilianische Präsident zudem einmal mehr die Eigenständigkeit seines Landes in der Nahostpolitik durch seinen Besuch in Israel, Palästina und Jordanien. Dem Friedensprozess im Nahen Osten vermochte freilich auch er keine neuen Impulse zu geben.

■ Die Autoren

Oz Aruch ist ein Analyst für strategische Angelegenheiten, er studiert Philosophie und Sozial- und Kulturanthropologie an der Freien Universität Berlin und war Praktikant am GIGA Institut für Lateinamerika-Studien.

E-Mail: <ozaruch@gmail.com>

Prof. Dr. Wolfgang Hein ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am GIGA Institut für Lateinamerika-Studien und leitet das Forschungsteam „Global Governance und Normbildung“.

E-Mail: <hein@giga-hamburg.de>

■ GIGA-Forschung zum Thema

Das Forschungsteam 4 „Pariastaaten und Sanktionen“ des Forschungsschwerpunkts 2 „Gewalt und Sicherheit“ beschäftigt sich u.a. mit den Gegenstrategien von Pariastaaten auf Sanktionen in nationaler und internationaler Hinsicht; in diesem Rahmen werden Fallstudien zu Iran und Syrien durchgeführt. Im Rahmen des Regional Powers Network (Forschungsschwerpunkt 4 „Macht, Normen und Governance in den internationalen Beziehungen“) beschäftigt sich Dr. Daniel Flesmes mit dem Thema „Emerging Regional Leaders of the South: How India, Brazil and South Africa Change the International System“ und dabei u.a. auch mit der Nahostpolitik Brasiliens.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Beck, Martin und Johannes Gerschewski (2009), On the Fringes of the International Community. The Making and Survival of „Rogue States“, in: *Sicherheit und Frieden/ Security and Peace*, 27, 2, 84-89 (Sonderausgabe zu „International Community – Rhetoric and Reality“, herausgegeben von Berit Bliesemann de Guevara und Florian Kühn).

Flesmes, Daniel (2009), Brazilian Foreign Policy in the Changing World Order, in: *South African Journal of International Affairs*, 16, 2, 161-182.

Lateinamerika Analysen (2008), Themenschwerpunkt: Venezuela in der Ära Chavez, 19, 1, 31-187.

Lateinamerika Analysen (2007), Themenschwerpunkt: Die lateinamerikanische Linke und die Globalisierung, 17, 2, 69-147.

Rieck, Christian E. (2007), Der Messias vom Orinoko, in: *Lateinamerika Analysen*, 17, 2, 199-213.

Stehnken, Thomas (2007), Globalisierung und die Regierung Lula: auf der Suche nach linker Außenpolitik, in: *Lateinamerika Analysen*, 17, 2, 119-137.



Der GIGA *Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA *Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der GIGA *Focus* Lateinamerika wird vom GIGA Institut für Lateinamerika-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Wurde in den Texten für Personen und Funktionen die männliche Form gewählt, ist die weibliche Form stets mitgedacht.

Redaktion: Michael Radseck; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Bert Hoffmann; Lektorat: Julia Kramer
Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg